

Heute Grün!

Für ein besseres Morgen.

Präambel	1
-----------------------	----------

Unsere natürlichen Lebensgrundlagen schützen.....	2
--	----------

Klimaschutz beginnt vor Ort und im Kreis	2
---	----------

Integriertes Klimaschutzkonzept und Klimaschutzagentur von Kreis und Kommunen.....	2
--	---

Unterstützung der Kommunen bei der Wärmewende	3
---	---

Bauaufsicht und Baugenehmigung	3
--------------------------------------	---

Kreisweites Kataster zum Ausbau erneuerbarer Energien	4
---	---

Klimaanpassungen	4
-------------------------------	----------

Katastrophenschutz fördern.....	5
--	----------

Flächen- und Nutzungsdruck im Landkreis Pinneberg	6
--	----------

Natur- und Landschaftsschutz weiterentwickeln	6
--	----------

Naturschutzkonzept fortschreiben	6
--	---

Naturschutzgebiete, Biotope und Regionalparks stärken	6
---	---

Knickschutz	7
-------------------	---

Landschaftsschutzgebiete	8
--------------------------------	---

Bäume	8
-------------	---

Naherholung.....	9
------------------	---

Regionale Umweltbildung und Umweltpreis.....	9
--	---

Müllentsorgung, Wertstoffe trennen, Recycling erhöhen	10
--	-----------

Baumschulen, regionale Landwirtschaft und regionale Lebensmittelversorger	10
--	-----------

Menschen im Fokus.....	12
-------------------------------	-----------

Inklusion, Integration und Gleichberechtigung als Querschnittsaufgaben der

Kommunalpolitik	12
------------------------------	-----------

Teilhabe: Ein Menschenrecht.....	12
----------------------------------	----

Gleichberechtigung umsetzen	12
-----------------------------------	----

Von der Einwanderung zur Integration	13
--	----

Sozialplanung integrieren	14
---------------------------------	----

Beauftragte für Behinderte, Gleichstellung und Inklusion stärken.....	14
---	----

Wohnen muss bezahlbar sein	14
---	-----------

Familien, Kinder, Jugend und Senioren	16
--	-----------

Familien entlasten – Kinder stärken.....	16
--	----

KiTa und Betreuung weiter fördern.....	16
--	----

Jugend beteiligen – Demokratie erlebbar machen.....	17
---	----

Abholen, Unterstützen, Gewalt keine Chance geben.....	17
---	----

Gesellschaftliche Teilhabe von Senior:innen – Chancen nutzen	18
--	----

Versorgung von Senior:innen gewährleisten	18
---	----

Medizinische Versorgung und Pflege sichern	19
---	-----------

Wissenschaft, Bildung, Kultur und Sport.....	20
---	-----------

Inklusive Schule	20
------------------------	----

Berufliche Bildung stärken.....	20
Weiterbildung ein Leben lang	21
European XFEL – eine Chance für den Kreis als Wissenschaftsstandort	21
Kreiskulturzentrum schaffen	21
Erinnerungskultur.....	22
Sport – Mehr als nur Bewegung	23

Grüne Mobilität im Kreis Pinneberg..... 24

Radverkehr – Klimafreundlich und trotzdem mobil	25
Öffentlicher Nahverkehr – Flexibel, Verlässlich, Günstig und Mobil	25
Sharing-Angebote – Chancen und Potentiale sinnvoll nutzen	26
Straßen – Höhere Qualität durch Entlastung und Instandhaltung	27
Ausbau der Schiene – Schienenverkehr stärken	28
Schüler:innenbeförderung – Sicher und preiswert auf dem Schulweg	28

Mit Wirtschaft und Digitalisierung bereit für die Zukunft 30

Wirtschaft nachhaltig gestalten.....	30
Kommunale Arbeitsmarktpolitik stärken.....	31
Fachkräftebedarf	31
Finanzen – In die Zukunft investieren.....	32
Chancen der Digitalisierung nutzen	32
Kreisgesellschaften und Netzwerke fördern	34

Präambel

Liebe Bürger:innen im Kreis Pinneberg,

wir leben in einer Zeit, die für uns alle herausfordernd ist. Die Corona-Pandemie, der Angriffskrieg auf die Ukraine und der Klimawandel stellen uns alle vor Veränderungen und Herausforderungen. Es gilt, die Probleme jetzt anzugehen, um als Gesellschaft die Zukunft klimaschonend, sozial gerecht und vielfältig zu gestalten. Die Herausforderungen beginnen vor Ort. Wir GRÜNE übernehmen Verantwortung und wollen den Kreis Pinneberg in den nächsten fünf Jahren gemeinsam mit den politischen Partner:innen und im Schulterschluss mit unseren Städten und Gemeinden voranbringen.

Die Auswirkungen des Klimawandels sind mehr denn je zu spüren. Wir müssen vor Ort die Natur schützen und den Klimaschutz aktiv voranzutreiben. Wir leben im dichtbesiedeltsten Flächenkreis in Schleswig-Holstein. Unsere naturbelassenen Bereiche gilt es zu schützen, denn sie sind die grünen Oasen im Kreis, in denen wir Erholung finden können.

Unser Ziel ist es, eine Politik für alle zu machen. Wir möchten jeden Menschen bei unseren Entscheidungen mitdenken - vielfältig, inklusiv und sozial. Die Teilhabe aller am gesellschaftlichen Leben, an Bildung und kulturellen Angeboten ist für uns ein essenzieller Grundstein unseres Miteinanders. Wir möchten alle Generationen in unsere Arbeit mit einbeziehen und beteiligen, um heute und in der Zukunft das Leben aller lebenswert zu gestalten.

Wir wollen die Potenziale nutzen, um Mobilität, Wirtschaft und Infrastruktur zu stärken. Wir möchten den Kreis bewegen und Mobilitätsangebote für alle schaffen. Darüber hinaus wollen wir Anreize für Nachhaltiges Wirtschaften setzen und das digitale Zeitalter erfolgreich gestalten, um eine moderne Verwaltung zu gewährleisten und Angebote bürger:innenfreundlicher zu machen.

Wir wollen in den nächsten fünf Jahren mit einer starken und engagierten Grünen Fraktion alles für die Umsetzung des folgenden Programms geben. Wir werden konstruktiv für Lösungen arbeiten, mit Leidenschaft unsere Ideen und Ziele vertreten und verantwortungsvoll gemeinsam den Kreis Pinneberg weiterentwickeln.

Unsere natürlichen Lebensgrundlagen schützen

Natur-, Umwelt- und Klimaschutz sind Kernthemen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wir werden hierauf weiterhin größtes Augenmerk legen. Es geht um nicht weniger als die Bewohnbarkeit weiter Teile des Planeten und das Überleben unzähliger Tier-, Pflanzen- und Insektenarten. Letztlich geht es auch um die Bewahrung unserer offenen Gesellschaft. Die Kosten einer ungebremsten Klimakatastrophe wären gigantisch. Die Folgen der globalen Erwärmung sind inzwischen für uns alle zu spüren mit Hitzerekorden, Dürren und Starkregen. Wir müssen gemeinsam auf allen politischen Ebenen für eine Begrenzung der Erderhitzung kämpfen. Gleichzeitig müssen wir Lösungen für den Umgang mit zunehmenden Wetterextremen und schleichenden Umweltveränderungen finden.

Natur und Umwelt leisten einen unverzichtbaren Beitrag zum Klimaschutz und zur Anpassung an den Klimawandel. Moore und Wälder speichern klimaaktive Gase und vermindern so direkt den Treibhauseffekt. Pflanzen verbessern das lokale Klima, sie kühlen und spenden Schatten. Naturnahe Flächen sind von enormer Bedeutung als Versickerungsraum, wie wir ihn bei zunehmendem Starkregen immer mehr brauchen, und als Speicher von Wasser. Daher legen wir einen Fokus auf den Zusammenhang von Klimaschutz und Klimawandelanpassung mit Natur- und Umweltschutz.

Klimaschutz beginnt vor Ort und im Kreis

Gemeinsam mit Bund und Land werden wir die Rahmenbedingungen für den Ausbau erneuerbarer Energien verbessern. Als Kreistagsfraktion wollen wir zusammen mit den Kommunen dafür sorgen, dass die neuen größeren Handlungsmöglichkeiten für Energiewende und Klimaschutz hier vor Ort genutzt werden können. Die Klimaziele von Paris und die Klimaschutzgesetze gilt es jetzt entschieden umzusetzen.

Integriertes Klimaschutzkonzept und Klimaschutzagentur von Kreis und Kommunen

Kreise und Gemeinden haben als große Energieverbraucher, als Planungs- und Genehmigungsinstanz, als Grundstückseigentümer und als Vorbild für die Bürger:innen einen maßgeblichen Einfluss auf die Klimabilanz unseres Kreises. Die Klimaneutralität des Kreises und der Gemeinden ist unser Ziel. Die Einbeziehung von Bildungseinrichtungen ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung, weil sie eine Vorbildfunktion haben. Im Sommer 2023 soll im Kreis ein integriertes

Klimaschutzkonzept vorgelegt werden. Wir unterstützen die Entwicklung und Umsetzung des Konzepts und fordern, dass Klimaschutz als Querschnittsaufgabe in allen Bereichen von Politik und Verwaltung ernst genommen und die Zusammenarbeit von Kreis und Gemeinden für den Klimaschutz sowie die Anpassung an den Klimawandel verbessert wird. Im Rahmen des Klimaschutzkonzepts setzen wir uns für die Gründung einer gemeinsamen, kommunalen Klimaschutzagentur von Kreis und Kommunen ein. Eine kommunale Klimaschutzagentur ist ein Ingenieurbüro, in dem verschiedene Expertisen gebündelt werden, die einzelne kommunale Klimamanager und die Leitstelle für Klimaschutz des Kreises allein nicht alle abdecken können. Durch die rechtliche Konstruktion ist eine In-House-Vergabe möglich, wodurch Projekte, wie z. B. eine Wärmeleitplanung beschleunigt werden können.

Unterstützung der Kommunen bei der Wärmewende

Ein zentraler Aufgabenbereich einer Klimaschutzagentur ist aus Sicht von uns GRÜNEN die Unterstützung der Gemeinden und des Kreises bei der Planung der Wärmeversorgung, bei der Erstellung von energetischen Quartierskonzepten und bei Quartierssanierungen. Über 50 % der Treibhausgasemission im Kreis entstehen im Wärmesektor. Gemeinden stehen gerade in diesem Bereich vor enorm großen Herausforderungen, die sie allein nicht bewältigen können. Bestandsgebäude sind heute noch überwiegend durch die Verbrennung von Gas und Öl beheizt und häufig nicht gut isoliert. Diese Häuser müssen besser gedämmt, neue Heizsysteme etabliert, Fernwärmenetze ausgebaut und möglichst viele Abwärmequellen genutzt werden.

Bauaufsicht und Baugenehmigung

Für die Bauaufsicht ist in den meisten Kommunen die untere Bauaufsicht des Kreises Pinneberg zuständig. Wir GRÜNE wollen, dass die Kreisverwaltung Klimaneutralität und Klimafolgen bei Baugenehmigungen besondere Beachtung schenkt. Die Einhaltung von Festsetzungen muss zwingend überprüft und Verstöße im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten sanktioniert werden. Dieses betrifft im besonderen Maße die grassierende Missachtung der Festsetzungen für die GRZ II (die Grundstücksfläche für Nebenanlagen) und die damit einhergehende übermäßige Versiegelung von Grundstücken. Zudem fordern wir GRÜNE die strikte Anwendung und Durchsetzung genereller Regelungen der Landesbauordnung durch den Kreis Pinneberg, insbesondere des § 8 Absatz 1 der Landesbauordnung (Unzulässigkeit von Schottergärten). Die Wasseraufnahmefähigkeit und Begrünung auf nicht bebauten Flächen eines Grundstücks sind essenziell. Aus diesem Grund setzen wir uns dafür ein, dass die Verwaltung über genügend Personal verfügt, um ihren Aufgaben nachzukommen. Gleichzeitig soll der Kreis Pinneberg Informationen zur Gestaltung naturnaher und

pflegeleichter Gärten zur Verfügung stellen. Wir wollen ökologisches und klimafreundliches Bauen fördern. Mit Best-Practice-Beispielen verleihen wir dem Thema mehr Sichtbarkeit. Neubauten müssen verstärkt mit Gründächern und solaren Dachanlagen ausgestattet werden.

Kreisweites Kataster zum Ausbau erneuerbarer Energien

Wir setzen uns für einen schnellen Ausbau erneuerbarer Energien ein. Photovoltaik-Anlagen sollen in erster Linie auf bereits versiegelten Flächen wie Dächern und Parkplätzen installiert werden. Allerdings reichen diese Flächen für die regionale Stromerzeugung nicht aus. Daher setzen wir uns außerdem für einen zügigen, naturverträglichen Ausbau von Freiflächen-Photovoltaik einschließlich Agri-PV, sowie einer Beschleunigung in den Genehmigungsverfahren durch die Kreisverwaltung ein.

Der Kreis erstellt bereits ein Kataster für Photovoltaik-Anlagen auf Dächern. Wir setzen uns dafür ein, dass kreisweit außerdem ein Kataster für Freiflächen Photovoltaik-Anlagen erstellt wird, als Entscheidungsgrundlage für die Gemeinden. Wir wollen die Gemeinden dabei unterstützen an einer regionalen Rahmenplanung für Freiflächenanlagen teilzunehmen, Bürgerbeteiligungen zu unterstützen und nicht zuletzt den eigenen Haushalt durch lokale und billigere Stromerzeugung zu entlasten.

Klimaanpassungen

Mit steigenden Temperaturen nehmen die Risiken für Extremwetterereignisse zu. Sie werden häufiger und stärker. Wir setzen uns für eine effektive Zusammenarbeit von Kreis und Kommunen bei der zügigen Entwicklung und Umsetzung von Klimaanpassungsmaßnahmen ein. Unterstützende Leistungen soll dabei die kommunale Klimaschutzagentur bereitstellen. Es geht insbesondere um Versickerungsflächen zum Schutz vor Starkregen, die Zusammenarbeit mit dem Land und den Gemeinden bei der Entwicklung der Deiche und Wassernetze in der Marsch sowie die Verringerung des Wasser- und Energieverbrauchs. Dies dient dem Schutz vor Hitze und dem Erhalt der Natur, die wiederum einen wichtigen Beitrag zur Klimaanpassung leistet. Vielfältige Konzepte sind vorhanden und müssen nun konsequent umgesetzt werden: Eine Besiedelung von Überschwemmungsflächen ist konsequent zu vermeiden. Die Fließgewässer sind möglichst zu renaturieren und durch geeignete Überlaufflächen und Regenrückhaltebecken für Starkregenereignisse zu ertüchtigen. Wir wollen, dass der Kreis eine Lösung für die Deponierung von Schlämmen aus Regenrückhaltebecken entwickelt. Im Geschosswohnungsbau sind lokale Speicher zur verzögerten Einleitung

des Regenwassers vorzusehen. Um Trinkwasser zu sparen, sollte aufbereitetes Brauchwasser und gespeichertes Regenwasser mehr genutzt werden. Bei Bepflanzungen sollten möglichst hitzeresistente Pflanzen gewählt werden, die wenig Bewässerung benötigen. Stadtbäume sollten besonders geschützt werden.

Katastrophenschutz fördern

Der Katastrophenschutz im Kreis Pinneberg muss im Rahmen des Klimawandels neu gedacht werden, um auf Gefahren in Form von Naturkatastrophen, Pandemien und Blackouts von Strom und Wärme vorbereitet zu sein. Die Unterbringung von vielen Hilfsbedürftigen in Krisensituationen und Katastrophen (z. B. Flüchtlingskrise oder Hochwasserkatastrophe) stellt eine weitere Herausforderung für den Katastrophenschutz dar, da kurzfristig eine große Zahl an Unterkünften zur Verfügung gestellt werden muss.

Um die neuen Aufgaben besser zu bewältigen zu können, setzen wir GRÜNE uns dafür ein, die Hilfsorganisationen für die Zukunft besser auszustatten, mit Material und Fahrzeugen. Eine gute Ausstattung ist auch eine gute Nachwuchswerbung.

Zusätzlich benötigen wir im Kreis Pinneberg ein Katastrophenschutzzentrum. Dadurch schaffen wir Platz für die Ausbildung von Helfer:innen, die Wartung und die Unterbringung von Fahrzeugen und Material der Hilfsorganisationen im Katastrophenschutz, insbesondere für die, bei denen es derzeit gerade hieran mangelt. Gleichzeitig fördern wir mit diesem Projekt den Austausch und die Zusammenarbeit der Hilfsorganisationen. Im Notfall kann dieses Zentrum zudem für die kurzfristige Bereitstellung von Material und Personal genutzt werden.

Um das große Feld des Katastrophenschutzes sinnvoll verwalten zu können, müssen der zuständige Fachbereich in der Kreisverwaltung und die Gemeinden finanziell und personell ausreichend besetzt sein.

Die Hauptstütze im Katastrophenschutz im Kreis sind diejenigen, die ehrenamtlich tätig sind. Diesen zollen wir unseren ganzen Respekt und Anerkennung. Das Ehrenamt muss ausreichend gefördert und gestärkt werden.

Flächen- und Nutzungsdruck im Landkreis Pinneberg

Der Kreis Pinneberg ist mit seinen Einwohner:innen in den letzten Jahren stärker gewachsen als prognostiziert mit gleichbleibender Tendenz. Das hat zur Folge, dass der Flächenverbrauch für Wohnen, Arbeiten, Verkehr und damit einhergehender Versorgungsleitungs- und öffentlicher Infrastruktur, z. B. Kindergärten, Schulen zugenommen hat. Die dabei versiegelten Flächen stehen als grüne Flächen jedweder Art, Spiel- und Aufenthaltsfläche oder Versickerungsraum nicht mehr zur Verfügung. Die Konkurrenz um die Nutzung freier Flächen wird somit immer stärker.

Diese Spirale muss unterbrochen, neue Wege beschritten werden. Beispiele mit Umweltschutz-Bezug: Neu-Versiegelungen hinterfragen und auf ein Minimum bringen, auf Dach- und Fassadenbegrünung hinwirken, Ausgleichsmaßnahmen ausreizen und auf Erfolgskontrollen durchführen, Vorschläge für Entsiegelungen einbringen. Wir werden uns auf Landes- und kommunaler Ebene dafür einsetzen, dass diese Aspekte Realität werden.

Natur- und Landschaftsschutz weiterentwickeln

Naturschutzkonzept fortschreiben

Das Naturschutzkonzept 2020 ist die Grundlage für die Arbeit der Unteren Naturschutzbehörde im Kreis Pinneberg. Die Ziele wurden 2010 festgelegt, seitdem ist viel passiert, das Konzept muss dringend fortgeschrieben werden. Die nötigen Finanzmittel wurden auf unsere Initiative hin bereitgestellt.

Das Naturschutzkonzept gibt einen Handlungsrahmen vor und benennt Schwerpunktsaktivitäten, z. B. Artenschutz, Moorrenaturierung, Naherholung und Bildungsinitiativen. Wir werden die Kreisverwaltung an der Umsetzung des Konzepts messen, auf eine konsequente Realisierung drängen und nach Kräften unterstützen. In den folgenden Abschnitten werden wir auf einige dieser Schwerpunkt-Themen näher eingehen.

Naturschutzgebiete, Biotop und Regionalparks stärken

Das Himmelmoor, das Ende 2022 zum Naturschutzgebiet erklärt worden ist, ist ein besonderes Kleinod im Kreis Pinneberg, das wir unbedingt bewahren und schützen

wollen. Wir können sehen, dass inzwischen eine riesige offene Niedermoorlandschaft entsteht. Dort siedeln sich moortypische Pflanzen, wie Wollgräser, Torf- und Braunmoose, aber auch Pfeifengras und Flatterbinsen an. Das Himmelmoor, bildet zusammen mit der Bilsbekniederung ein tragendes Element des Biotopverbundsystems Schleswig-Holsteins. Mehrere Vereine sind sehr aktiv, gebündelt im „Förderverein Himmelmoor e. V.“ um Landschaft, historisch-technische Nutzung und Zwangsarbeit im Nationalsozialismus aufzuarbeiten, Bildungsarbeit zu betreiben und Erinnerung lebendig zu erhalten. Wir freuen uns sehr über dieses vielfältige ehrenamtliche Engagement auf diesem Gebiet und werden diese Aktivitäten auch zukünftig nach Kräften unterstützen.

Mit dem Regionalpark Wedeler Au fördert der Kreis Pinneberg zusammen mit Gemeinden und der Hansestadt Hamburg einen der größten Biotopverbünde im Süden Schleswig-Holsteins. Die Bedingungen für Flora und Fauna wollen wir durch die Förderung und enge Abstimmung mit den Partner*innen weiter verbessern. Zudem wollen wir stärker in die nachhaltige Zukunft dieser Naturerlebniszonen investieren. Dazu gehören für uns mehr Mittel für die Bildung für nachhaltige Entwicklung und Pilotprojekte für den klimafreundlichen Regionalen Tourismus, etwa an der Hetlingen Schanze und in der Haseldorfer Marsch. Auch das Himmelmoor sowie die weiteren Mooregebiete rund um Wedel, Schenefeld und Elmshorn sollen für die Naherholung und gleichzeitig die Schutzzwecke ausgebaut werden. Dies bedeutet, verstärkt Überlegungen anzustellen über notwendige Infrastrukturen, z. B. Sanitäreinrichtungen, Müllentsorgung, Beschilderung, Wegeverlaufsplanung und -instandhaltung, Besucherlenkung, Versorgung. Wünschenswert ist es, insbesondere an Wochenenden PKW-Parkflächen in einiger Entfernung vom Schutzgebiet zur Verfügung zu stellen und Sammeltransporte zum Schutzgebietseingang im Pendelverkehr gegen geringe Gebühr zur Verfügung zu stellen, z. B. Busse des ÖPNV.

Knickschutz

Knicks gehören zu den prägenden, überwiegend im 18. und 19. Jahrhundert angelegten Landschaftselementen in Schleswig-Holstein. Sie bestehen aus aufgeschütteten Erdwällen und Hecken aus verschiedenen Wildsträuchern und erfüllen traditionell wichtige Funktionen, insbesondere für die Landwirtschaft (Wind- und Erosionsschutz, Brennholzlieferant). Knicks, die struktur- und artenreich sind, sind ein wichtiger Lebensraum für gefährdete Tier- und Pflanzenarten und zentraler Bestandteil für das regionale Biotopverbundsystem (Wanderkorridore für Tiere und Pflanzen). Neue Funktionen erhalten sie durch ihre Rolle für die Naherholung, es sind

Landschaftsbestandteile, die als schön empfunden werden, sie bieten weiterhin Wind- und Bodenschutz und tragen zum Klimaschutz bei.

Knickbestände stehen unter gesetzlichem Schutz und sind dem Druck landwirtschaftlicher Nutzung ausgesetzt. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Knickschutzverordnung durchgesetzt wird. Lücken in vorhandenen Knicks müssen durch Aufpflanzungen von geeigneten Wildsträuchern geschlossen, Knickpflege fachgerecht durchgeführt und auf die Einhaltung vorgeschriebener Abstände zu Nachbarflächen (0,5 m) geachtet werden. Mit unserer Initiative für eine Beratung zur Landschaftspflege und Rahmen der Förderung von Biotopverbänden wollen wir außerdem den gezielten Ausbau von Knicks aktiv aufzeigen und unterstützen.

Landschaftsschutzgebiete

Unsere Landschaftsschutzgebiete müssen endlich die nötige Aufmerksamkeit bekommen. Die Verordnung über Landschaftsschutzgebiete soll unseren Kommunen Planungssicherheit für alle möglichen Arten der Bebauung geben. Die Verordnung ist mit 40 Jahren mittlerweile veraltet und muss überarbeitet und ergänzt werden.

45 Prozent des Kreises Pinneberg wurden 1969 als Landschaftsschutzgebiet ausgewiesen. Es wurden 10 schützenswerte Gebietseinheiten herausgearbeitet, für 8 dieser Gebiete wurden im Zeitraum 1996 und 2006 Verordnungen ausgewiesen, die auf die jeweiligen Gebiete zugeschnitten wurden. Für die Gebiete LSG 09 „Bilsbek, Himmelmoor, Pinnau, Gronau“ und LSG 10 „Lutzhorner Heide“ fehlen noch gültige Verordnungen und Entwicklungsstrategien. Diese werden wir vorantreiben.

Bäume

Wir stehen dafür ein, dass Bäume gepflanzt und alte Bäume geschützt werden. Dies kann durch Baum-Kataster, Baumschutz-Satzungen und die Schutzkategorie „Natur-Denkmal“ im Kreis erreicht werden. Die Pflege alter Bäume in Privatgärten soll fachlich und finanziell unterstützt werden, ebenso erfolgsversprechende Baumpflanz-Initiativen. Wir müssen den Wert alter Bäume für uns wiederentdecken. Hier können Umweltbildungs-Maßnahmen unterstützen. Direktes Erleben zählt zu den wirksamsten Maßnahmen.

Die Auswahl der Bäume muss standort- und klimaangepasst erfolgen. Baum-Standorte müssen zukünftig vor potenziell schädigenden Eingriffen geschützt werden.

Naherholung

Wir wollen, dass die Menschen sich dort, wo sie wohnen, stärker wohlfühlen und sich besser erholen können. Kurze Wege statt langer Anfahrten. Dazu gehört aus unserer Sicht neben verbesserter Infrastruktur (z. B. Wegenetzausbau) der Ausbau und die Verbesserung der vorhandenen Landschafts-, Grünflächen- und Gartenelemente. Ein Effekt, der dann immer auch eintritt, ist die Verbesserung des Artenreichtums. Wir wollen Ideen für Förderprogramme für Kommunen, Privatpersonen oder Vereine sammeln und starten, z. B. finanzielle Zuschüsse, kostenlose Angebote zur Fachberatung oder Flächen-Patenschaften mit dem Ziel z. B. der Baumerhaltung auf Privat-Grundstücken, Schließen von Knickunterbrechungen, Anlegen von Blühwiesen oder Baumpflanzaktionen.

Außerdem wollen wir aktiv Ideen dazu entwickeln und umsetzen, wie die verschiedenen Nutzungsinteressen insbesondere in der Naherholung friedlich und schadlos nebeneinander existieren können, die Interessen der Fussgänger:innen, der Radfahrer:innen, der Naturschützer:innen, der Hundehalter:innen, der Landwirt:innen und der Waldbesitzer:innen.

Regionale Umweltbildung und Umweltpreis

Leider ist uns in den letzten Jahrzehnten das (überlebenswichtige) Wissen über unsere natürlichen Lebensgrundlagen zunehmend verloren gegangen. Sonst stünden wir heute nicht vor den aktuell drängenden Themen wie u. a. Klimaanpassung, Artensterben, Mikroplastik-Verschmutzung. Hier muss durch Bildung und Anreiz-Aktionen entgegengewirkt werden. Wir wollen den Kreis-Umweltpreis für herausragende Umwelt-Aktionen für Schulen, Privatpersonen, Initiativen oder Vereine wiederbeleben, um auf diesem Wege Engagement für die Umwelt öffentlich und finanziell zu würdigen.

Wir wollen uns außerdem dafür einsetzen, dass bestehende Einrichtungen, z. B. das Elbmarschenhaus Haseldorf und das Umwelthaus Pinneberg langfristige Zukunftsaussichten erhalten. Wir wollen über unsere Landesvertretung darauf hinwirken, dass Umweltbildung in größerem Umfang als bisher in die Bildungsangebote aufgenommen wird.

Müllentsorgung, Wertstoffe trennen, Recycling erhöhen

Seit Anfang 2023 ist die Entsorgung des Verpackungsmülls für die gelbe Tonne vom Entsorger GAB in Tornesch dem Entsorger RMG aus Eltville vom privaten Dualen System übertragen worden. Dies ging nicht reibungslos vonstatten und dieser Vorgang könnte sich in 3 Jahren wiederholen, denn diese Entsorgungsleistung wird dann erneut ausgeschrieben werden. Der Aufwand um den Tonnen-Wechsel ist mit gesundem Menschenverstand kaum nachzuvollziehen.

In der vergangenen Legislaturperiode haben wir bereits die Kreisverwaltung per Beschluss beauftragt, die Einführung einer kreiseigenen Wertstoff-Tonne für alle Kunststoffe und Metalle zu prüfen. Zu welchen Konditionen diese Einführung erfolgen kann, wird der Bericht der Verwaltung Ende 2023 zeigen. Wir Grüne sehen schon jetzt die Vorteile: Vergrößerung des Entsorgungsvolumens mittels Tonne, damit Reduzierung von Privatfahrten zum Entsorgungshof, außerdem Erhöhung der Recyclingquote, Reduzierung von Fehlwürfen, Reduzierung der Abfallmengen, die verbrannt werden.

Wir hoffen, dass die Wertstofftonne einen Schritt zur Kreislaufwirtschaft im Kreis Pinneberg leisten kann. „Müll“ soll in weitaus größerem Maß als bisher vermieden, wiederverwendet, repariert oder recycelt werden. Da Müllverbrennung bislang allerdings nicht vermieden werden kann, haben wir zugestimmt, dass die mehr als 50 Jahre alte Müllverbrennungsanlage in Tornesch nach der besten verfügbaren Technik erneuert werden kann. Zukünftig müssen die Müllmengen allerdings signifikant sinken. Weniger Müll produzieren wir nur, wenn wir unser Verhalten ändern. Frei nach dem Motto: Der beste Abfall ist der, der gar nicht entsteht. Das gilt für den normalen Einkauf, aber auch für die Nutzung von Elektrogeräten oder Möbelstücken. Darum werden wir die Idee eines Gebrauchtgüterkaufhauses im Kreis Pinneberg wiederbeleben ausdrücklich Repair-Cafe-Initiativen unterstützen.

Baumschulen, regionale Landwirtschaft und regionale Lebensmittelversorger

Wir verfolgen das Ziel einer Landwirtschaft, die hochwertige Lebensmittel erzeugt, die Artenvielfalt sichert, unsere Gewässer schont und den Landwirt:innen eine wirtschaftliche Perspektive eröffnet. Deswegen unterstützen wir das aktuelle Ziel der Landesregierung, in den nächsten Jahren den Flächenanteil der ökologisch bewirtschafteten Flächen zu verdoppeln.

Wir wollen im Kreis Pinneberg einen Dialog „Zukunft der Landwirtschaft“ initiieren, um die Ökologisierung und Regionalisierung der Landwirtschaft in unserer Region voranzutreiben. Dazu sollen alle Akteur:innen zu intensiven Gesprächen und Austausch eingeladen werden, damit Bedürfnisse und Hemmnisse erkannt und abgebaut werden können. Die Möglichkeit eines Regionalladens, mit dem sich Höfe zusammen für eine gemeinsame regionale Vermarktung ihrer Produkte vernetzen können, soll als attraktive und konkurrenzfähige Alternative zum Supermarkt geprüft werden.

Wir wollen uns dafür einsetzen, dass der Kreis als Vorbild fungiert und die Kantinenverpflegung der Kreisverwaltung und die vom Kreis betriebenen Kantinen zu mindestens 20% auf (regionale) Bio-Produkte umgestellt werden. Vegetarische und vegane Alternativen müssen stets angeboten werden.

Im Austausch mit der Landwirtschaftskammer und Baumschüler:innen, insbesondere über Fragen zur Entwicklung einer nachhaltigen Baumschulwirtschaft konnten wir sowohl im Kreis als auch im Land die Aufmerksamkeit für die Chancen einer ökologischen Wende in der Baumschule erhöhen. Mit der Entwicklung eines Modells zur nachhaltigen Baumschulwirtschaft sehen wir große Chancen, den Kreis Pinneberg als Region der Baumschulen zukunftsfest zu machen. Mit großem Interesse begleiten wir zudem die Planung für die Erweiterung des Deutschen Baumschulmuseums, die bereits durch den Kreis finanziell unterstützt wird.

Menschen im Fokus

Inklusion, Integration und Gleichberechtigung als Querschnittsaufgaben der Kommunalpolitik

Die Inklusion und Integration aller Menschen in das gesellschaftliche Leben sind Querschnittsaufgaben für alle kommunalen Politikfelder. Die Zukunft liegt in einem selbstbestimmten und partnerschaftlichen Miteinander aller Menschen in allen Lebensbereichen und -phasen.

Teilhabe: Ein Menschenrecht

Wir setzen uns dafür ein, dass alle Menschen -jung oder alt-, -mit oder ohne Beeinträchtigung-, am gesellschaftlichen und sozialen Leben tatsächlich teilhaben können. Das Recht auf Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ist ein Menschenrecht. Die UN-Behinderten-Konvention wurde am 13. Dezember 2006 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen beschlossen und ist am 3. Mai 2008 in Kraft getreten. In allen Lebenslagen sind immer noch Menschen von Barrieren behindert von der Frühförderung und Bildung, über die berufliche Gleichstellung und gleichberechtigte Teilhabe in Sport und Freizeit bis hin zu wohnortnahen Wohnformen, die den unterschiedlichen Beeinträchtigungen Rechnung tragen und Inklusion auch beim Wohnen und Leben sicherstellen. Für ihre Teilhabe in der Gesellschaft, für menschenwürdiges Wohnen, für weniger Einsamkeit brauchen viele Menschen Unterstützung. Dazu zählen auch Menschen, die wenig Geld haben, Mütter und Väter, die Elternsein und Berufstätigkeit unter einen Hut bringen müssen, Geflüchtete, aber auch alte Menschen, die irgendwann nicht mehr mobil sind, die so oft von Armut, Krankheit und Einsamkeit betroffen sind.

Gleichberechtigung umsetzen

Wir GRÜNE leben seit Jahren erfolgreich Gleichberechtigung auf vielen politischen Ebenen vor. In unseren kommunalen Haushaltsdebatten, bei der Besetzung von Aufsichtsräten und im Bereich der Wirtschaft werden wir auf ein geschlechtergerechtes Verantwortungsbewusstsein und mehr Sensibilität für die Belange von LGBTQIA* hinwirken, geschlechtsspezifische Benachteiligungen müssen abgebaut werden. Die paritätische Besetzung von Gremien ist die Voraussetzung für die gerechte Vertretung und Durchsetzung der politischen Belange und Interessen aller Bürger:innen.

Gleichstellung ist im Kreis noch keine Realität. Das zeigt sich an der Zahl der Frauen, die in Führungspositionen und Aufsichtsräten des Kreises zu finden sind. 50/50 sind hier noch nicht erreicht. Daran, die Gleichstellung auch für die Kommunalpolitik umzusetzen, arbeitet unsere Fraktion mit Tatkraft und Überzeugung.

#LGBTQIA* #Queer #Transgender: Wir freuen uns über die immer größere Sichtbarkeit aller queeren Menschen, die sich der LGBTQIA*-Gemeinde zugehörig fühlen. Wir sind sicher: Kommunalpolitik wird besser, wenn die unterschiedlichen Sichtweisen von Menschen aller geschlechtlicher Orientierungen und Identitäten gleichermaßen in Entscheidungen einfließen. Sichtbare Zeichen für Toleranz und Offenheit sind z. B. genderneutrale Toiletten in öffentlichen Gebäuden, wie Schulen, Jugendtreffs und Verwaltungsgebäuden, deren Benutzung grundsätzlich allen Geschlechtern offensteht. Wir werden kostenlose Menstruationsprodukte auf öffentlichen Toiletten zur Verfügung stellen.

Von der Einwanderung zur Integration

Rund 43.000 Menschen mit Migrationshintergrund leben im Kreis Pinneberg. Infolge des völkerrechtswidrigen russischen Angriffskrieges auf die Ukraine haben viele Menschen aus dieser Region Zuflucht im Kreis Pinneberg gefunden. Auch die Situation in anderen Ländern (z. B. Syrien, Afghanistan) veranlasst Menschen zur Flucht. Wir wollen diese Menschen nicht nur aufnehmen, sondern integrieren und ihnen - wenn sie bleiben wollen - Perspektiven auch im Kreis Pinneberg bieten. Zeitnahe Sprachkurse, zielgerichtete Integration Geflüchteter in den Arbeitsmarkt, Angebote für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund über die Jugendberufsagentur, Kinderbetreuungsplätze, psychosoziale Betreuung für Geflüchtete (und speziell auch für Frauen): Diesen Herausforderungen will sich die grüne Kreistagsfraktion in den kommenden 5 Jahren stellen und Lösungen maßgeblich mitgestalten (s. auch Kapitel „Bezahlbarer Wohnraum“ und „Kinderbetreuung“).

Wir stehen Zuwanderung positiv gegenüber. Migration bietet vielfältige Chancen für die Zukunftsfähigkeit dieses Landes und damit auch für den Kreis Pinneberg. Seit Jahren ist bekannt, dass unsere sozialen Sicherungssysteme infolge des demografischen Wandels an ihre Grenzen stoßen. Ohne Zuwanderung und ohne zusätzliche Beitrags- und Steuerzahler:innen werden die öffentlichen Kassen nicht mehr ausreichend gefüllt werden können - auch nicht auf kommunaler Ebene.

Sozialplanung integrieren

Wir haben in den letzten Jahren im Kreis Pinneberg Vieles auf den Weg gebracht. Angefangen von der Sozialplanung, über das Inklusionskonzept und das immer wieder aktualisierte Präventionskonzept. All diese Pläne und Konzepte sind gut und wichtig, aber sie greifen nicht ineinander. Wir setzen uns für die Erstellung eines übergeordneten Plans ein, der Verbindung herstellt zwischen den die Themen Kindheit, Jugend, Familie, Arbeit, Alter, Armut und Behinderung.

Die Sozialplanung hat die Funktion wichtige Themen in die kommunale Politik zu transportieren. In verschiedenen Fokusgruppen erarbeiten Betroffene und Vertreter:innen von Einrichtungen und Verbänden Empfehlungen an die Entscheidungsträger – so weit so gut. Aber die Sozialplanung agiert mit ihren verschiedenen Fokusgruppen weitgehend parallel zur kommunalen Selbstverwaltung, so ist die Sozialplanung eine Einbahnstraße. Relevante Themen, die der Politik bekannt sind, werden in den Fokusgruppen nicht wahrgenommen, da es dazu keine Verbindung gibt. Wir fordern eine Umsteuerung der Sozialplanung mit einem Austausch in beide Richtungen und eine deutlich stärkere Einbeziehung der kommunalen Selbstverwaltung.

Beauftragte für Behinderte, Gleichstellung und Inklusion stärken

Wir haben einen Behindertenbeauftragten, eine Gleichstellungsbeauftragte und eine Stabsstelle Integration. Sie alle machen gute Arbeit, aber die Themen müssen noch mehr koordiniert betrachtet und bearbeitet werden. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass die Stellen des oder der Behindertenbeauftragten gleichberechtigt mit der Gleichstellungsbeauftragten und eines Beauftragten für Inklusion mit denselben Kompetenzen an entscheidender Stelle zu verorten ist. Wir setzen uns für eine rassismuskritische und genderoffene Personalentwicklung in der Verwaltung ein.

Wohnen muss bezahlbar sein

Wohnen ist ein Menschenrecht. Alle Menschen brauchen angemessenen Wohnraum zu bezahlbaren Preisen. Wohnen darf kein Luxus sein.

Doch es herrscht Wohnungsnot in Deutschland: Seit Jahren steigen die Mieten und immer mehr Menschen drängen auf den Wohnungsmarkt, z. B. Geflüchtete aus der Ukraine und junge Familien, die sich wegen gestiegener Baupreise und Zinsen Wohneigentum nicht mehr leisten können.

Von dieser Misere sind wieder die finanziell Schwächeren unserer Gesellschaft besonders betroffen, vor allem Familien mit geringem Einkommen, Menschen mit Behinderungen sowie Rentner:innen.

Darunter leiden auch Bewohner:innen im Kreis Pinneberg, und die Situation ist dramatisch: In unserem Kreis gibt es nur ca. 4700 öffentlich geförderte Wohnungen, das sind nicht einmal 3 % des Wohnungsbestands (zum Vergleich: Hamburg hat ca. 8 % Sozialwohnungen). In den nächsten drei Jahren fallen ca. 14 % dieser Wohnungen aus der Bindungspflicht, ohne neue Sozialwohnungen wird sich der Bestand geförderter Wohnungen bis 2030 nahezu halbieren.

Wir GRÜNE stellen uns auch im Kreis Pinneberg diesem Trend entgegen. Entscheidungen über konkrete Bauvorhaben werden in den Kommunen/Gemeinden getroffen, aber wir werden auch auf Kreisebene aktiv dazu beitragen, dass neuer bezahlbarer Wohnraum geschaffen wird – familiengerecht, barrierefrei, gemeinwohlorientiert, ökologisch nachhaltig und vor allem öffentlich gefördert.

Auch und gerade auf Initiative der Grünen wurde beschlossen, dass der Bau von Sozialwohnungen aus Mitteln des Kreises und der Gemeinden zusätzlich bezuschusst werden kann. Wir werden dieses Projekt mit Nachdruck vorantreiben.

Wir GRÜNE unterstützen aktiv Initiativen zur Gründung einer gemeinnützigen Agentur, deren Aufgabe die Vermittlung bezahlbaren Wohnraums an besonders bedürftige Personengruppen ist, z. B. Bürgergeldbezieher:innen, Menschen mit körperlichen Einschränkungen, von Gewalt betroffene Frauen. Diese Agentur würde in Kooperation mit dem Kreis und sozialen Einrichtungen Aufgaben der Beratung, Vermittlung und Verwaltung zwischen Vermietern und Mietern übernehmen, z. B. durch Anmietung und Weitervermietung angemessenen Wohnraums. Eine solche Einrichtung arbeitet erfolgreich in den Landkreisen Nordfriesland und Schleswig-Flensburg und würde auch im Kreis Pinneberg zur Linderung der Wohnungsnot beitragen.

Im Jahr 2006 wurde die Wohnbaugesellschaft des Kreises an die Wohnbaugenossenschaft „Neue GeWoGe“ verkauft. So konnte die drohende Privatisierung des bis dahin kreiseigenen Wohnungsbestands verhindert werden. Diese Genossenschaft arbeitet erfolgreich, konnte aber den Bestand bezahlbarer Wohnungen nur geringfügig erhöhen.

Wir GRÜNE werden eine Klärung darüber herbeiführen, ob die neuerliche Gründung

einer kreiseigenen Wohnbaugesellschaft sinnvoll ist oder ob und auf welche Weise der Kreis zur Erweiterung des finanziellen Spielraums der GeWoGe beitragen kann.

Familien, Kinder, Jugend und Senioren

Familien entlasten - Kinder stärken

Unsere Kinder sind die Zukunft. Daher werden wir unseren Kreis am Leitbild eines „Kinderfreundlichen Kreises“ entwickeln und nach Kräften in unsere Kleinsten investieren. Auch im Kreis Pinneberg besteht für Familien ein hohes Armutsrisiko. Die Chancen auf Bildung und Entwicklung für Kinder und Jugendliche sind weiterhin ungleich verteilt. Wir wollen Eltern daher ganzheitlich beraten und Strukturnachteile für Geringverdienende abbauen, egal ob bei Bildung, Wohnen, Mobilität oder Gesundheit. Zusammen mit Arbeitsagentur, Sozialämtern und Trägern soll der Kreis proaktiv auf finanzielle Hilfen hinweisen, sie zielgenau und schnell zu den Familien bringen. Im Kreistag setzen wir uns dafür ein, Familien mit geringem und mittlerem Einkommen zu entlasten. Wir wollen das kostenfreie Deutschlandticket für Kinder und Jugendliche und einen weiteren Zuschuss für geringe Einkommen einführen. Die Bildungskarte wollen wir als Instrument der finanziellen Hilfestellung für Teilhabe weiter stärken. Durch eine gemeinsame Sozialstaffel in KiTa/Tagespflege und schulischem Ganztag wollen wir die Teilhabe aller Kinder an Bildungsangeboten stärken und Familien zielgenau entlasten.

KiTa und Betreuung weiter fördern

Der Rechtsanspruch auf Betreuung und Bildung ab dem 1. Lebensjahr muss vom Kreis Pinneberg erfüllt und mit Leben gefüllt werden. Dafür setzen wir GRÜNE uns seit Jahren ein: Zusätzliche Fördermittel für den Ausbau von KiTa-Plätzen, Förderung der Tagespflege, Zuschüsse für die Ausbildung von Erzieher:innen an unserer Berufsschule sind bereits umgesetzt. Zudem fordern wir mehr Verfügungszeiten, mehr Flexibilität bei den Öffnungszeiten im frühkindlichen Bildungsbereich. Gute Rahmenbedingungen unterstützen nicht nur die Arbeit unserer Erzieher:innen, sondern legen den Grundstein für eine hohe Qualität in der frühkindlichen Bildung. Als Grüne wollen wir zudem weitere Ermäßigungen für Mehrkindfamilien und Geringverdienende und klare Regeln für die Erstattung von Elternbeiträgen bei Gruppenschließungen. Die übergreifende Geschwister-Ermäßigung über Kita und Schule hinweg, die wir seit Jahren fordern und beantragen, werden wir mit hoher Priorität vorantreiben. Bei der Schulbegleitung wollen wir weiterhin Poollösungen entwickeln, die das Fachpersonal stärken und eine hohe Wirksamkeit entfalten. Den kommenden Rechtsanspruch im schulischen Ganztag

wollen wir durch eine aktive Planung, inklusive und vielfältige Bildungsangebote sowie ein echtes Qualitätsmanagement im Ganzttag begleiten.

Jugend beteiligen - Demokratie erlebbar machen

Als GRÜNE wollen wir unsere Demokratie erlebbar und Beteiligung attraktiv machen. Kindern und Jugendlichen wollen wir sowohl in den Kommunen als auch im Kreistag eine starke Mitwirkung ermöglichen, denn die Beteiligung und Mitwirkung von Kindern ist in Entscheidungen der Kommunalpolitik in § 47 f der Gemeindeordnung Schleswig-Holstein verankert. Im Kreistag Pinneberg werden zudem vielfach Entscheidungen getroffen, die die Belange von Kindern und Jugendlichen direkt betreffen. Die Jugendhilfe sowie Präventionsangebote sind hier zu nennen, aber auch die Schüler:innenbeförderung oder die Förderung der verbandlichen Kinder- und Jugendarbeit. In den kommenden Jahren wollen wir die Offene Jugendarbeit als Chance der Partizipation in den Blick nehmen. Zusammen mit den Kommunalen Jugendpfleger:innen soll der Kreis Pinneberg Konzepte für Jugendzentren und Aufenthaltsorte sowie Streetworking-Angebote - etwa zum Schutz vor Alkohol- und Drogenmissbrauch - entwickeln. Wir haben uns erfolgreich für eine Beteiligungsfachkraft im Kreis Pinneberg eingesetzt, um die Wahl eines Jugendkreisbeirates und dessen Begleitung zu sichern. Es ist unsere Aufgabe die gewählten Kinder und Jugendlichen in die politischen Abläufe bestmöglich zu integrieren und ihnen die gewünschte Teilhabe zu ermöglichen. Zudem fördern wir über den Kreisjugendring Projekte und Workshops zur Jugendbeteiligung, unter anderem soll es mit unserer Unterstützung eine Jugend-Demokratie-Konferenz wie in anderen Kreisen geben. Mit dem Bau eines Kreiskulturzentrums in Pinneberg wollen wir GRÜNE auch ein Demokratie-Zentrum schaffen, das mitten im Kreis eine freie Entfaltung sowie die praktische Mitarbeit von Kindern und Jugendlichen an Kultur, an Debatten und Demokratieprojekten ermöglicht.

Abholen, Unterstützen, Gewalt keine Chance geben

Ab der Geburt sollen Beratung, Hilfe und Förderangebote transparent für Familien zugänglich sein. Sie sind für uns der Schlüssel zu einem nachhaltigen Kinderschutz und Jugendhilfe-Politik. Der Kreis Pinneberg ist hierfür seit Jahren ein Leuchtturm und soll es auch bleiben. Daher wollen wir die Mitarbeiter:innen des Kreises, etwa im Jugendamt, sozialen Diensten und Eingliederungshilfe bei ihrer herausfordernden Tätigkeit weiter unterstützen und Personalbedarfe schneller berücksichtigen. Mit den frühen Hilfen (Schutzengel, Welcome, Familienhebammen) und Familienbildungsstätten sowie Institutionen wie der Traumaambulanz finden alle Familien breit gefächert genau die Hilfe und Beratung, die sie brauchen. Umgekehrt finden die Träger und Ämter

niedrigschwellig den Zugang zu Familien mit Unterstützungsbedarf. Auch in KiTa, Tagespflege und in Schule wollen wir weiterhin auf Elternberatung und Schulsozialarbeit setzen. Durch eine digitale Sozialplanung und die Bildung effizienter beratender Arbeitsgemeinschaften wollen wir die wichtigen Netzwerke zwischen Jugendhilfe, Betreuungs- und Lernorten stärken und zielgenaue Angebote vor Ort schaffen.

Als GRÜNE wollen wir Gewalt ganzheitlich vorbeugen. Mit einer guten Frauen- und Gleichstellungspolitik, mit einer Kinderschutzstrategie und Prävention. In den letzten Jahren haben wir die Mittel für Bildungsangebote gegen Missbrauch, Mobbing und Gewalt in KiTas und Schulen verdoppelt. Bei der interkulturellen Bildung, im Bereich Integration und Inklusion muss sich der Kreis künftig ebenfalls stärker engagieren und so den Zusammenhalt und gegenseitigen Respekt in unserem Kreis fördern. Geprägt von der Corona-Pandemie sind zudem die Offene Kinder- und Jugendarbeit, die Freizeitangebote und die psychosoziale Beratung gestärkt worden. Dies wollen wir auch aufgrund der aktuellen Krisen weiter intensivieren: Die Kinder- und Jugendarbeit der Vereine und der Jugendzentren wollen wir als Orte demokratischen und sozialen Lernens auch mit Kreismitteln fördern.

Gesellschaftliche Teilhabe von Senior:innen - Chancen nutzen

Ältere Menschen leisten wichtige Beiträge zum gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben, erleben aber auch spezifische Zugangsbarrieren. Mit den Kommunen wollen wir einen Austausch über kommunale Seniorenpolitik anregen. Ziel ist, die gesellschaftliche Teilhabe für alle älteren Menschen im Kreis zu erhalten bzw. zu verbessern und soziale Beziehungen zwischen den Generationen zu fördern. Die zunehmende Digitalisierung von Gesellschaft und Verwaltung verändert die Zugangschancen zum gesellschaftlichen Leben. Gerade in diesem Bereich streben wir eine alterssensible Politik an, die neue Hürden vermeidet und neue Zugangschancen erkennt und nutzt. Um ihr ehrenamtliches Engagement weiter zu erleichtern, unterstützen wir das vom Land Schleswig-Holstein geförderte Konzept von Seniortrainer:innen.

Versorgung von Senior:innen gewährleisten

Die Versorgung von Senioren, die in Zukunft auf Unterstützung oder Pflege angewiesen sein werden, stellt alle Kommunen und den Kreis vor große Herausforderungen. Es gibt im Kreis nicht genug Einrichtungen für pflegebedürftige Senior:innen und keine verlässlichen Zahlen darüber, wie viele Menschen in den nächsten Jahren

voraussichtlich auf Unterstützung angewiesen sein werden. Diese Zahlen brauchen wir, um rechtzeitig steuernd eingreifen zu können. Das werden wir von der Verwaltung einfordern. Wichtig ist uns die Verbindung von freiwilligem Engagement und sozialen Netzwerkstrukturen einerseits sowie einer versorgungssichernden Infrastruktur mit Diensten und Einrichtungen zu fördern.

Medizinische Versorgung und Pflege sichern

Der Neubau des Krankenhauses und damit die Zusammenlegung der beiden Regio-Kliniken bringt positive und negative Effekte mit sich. So entstehen durch das zentrale Klinikum Synergieeffekte für Ärzt:innen und Pflegenden. Der Einfluss der Kreispolitik (der Kreis ist Minderheitsgesellschafter) auf die Planung wird begrenzt sein. Wir fordern dennoch eine kontinuierliche Einbeziehung der Politik in die konzeptionellen Prozesse bei der Planung für das Krankenhaus. Im Interesse der Gesundheitsversorgung und in Anbetracht der begrenzten Ressourcen, sollten die freiwerdenden Gebäude frühzeitig für die teilstationäre und ambulante bzw. rehabilitative Versorgung der Bevölkerung eingeplant werden. So kann etwa dem Bedarf nach mehr Tagespflege und einem Tageshospiz Rechnung getragen werden. Unsere Aufgabe muss es sein, die Interessen der Einwohner:innen des Kreises mit in die Planung einfließen zu lassen, wie z. B. die Erreichbarkeit und Ausstattung für alle Patientengruppen. Wichtig ist uns auch, dass das gesetzlich verankerte Prinzip "ambulant vor stationär" im Kreis Pinneberg neu überdacht wird. Patienten, die nicht mehr vollstationär versorgt werden müssen, sollen die Möglichkeit haben, übergangsweise in Krankenhaushöhe untergebracht zu werden. Bei der Versorgung kranker Menschen vor Ort soll die Zusammenarbeit mit Fachkräften des Krankenhauses ausgebaut werden. Wir schlagen eine hauptamtliche Koordinierungsstelle für die ehrenamtliche Begleitung von Patient:innen vor und unterstützen Ideen, die eine kurzzeitige Unterbringung von Angehörigen in der Nähe Schwersterkrankter ermöglichen.

Zudem wollen wir uns für einen Gesundheitscampus an dem neuen Standort einsetzen, in einem nachhaltig errichteten Gebäude, was nach neuesten energetischen Bauweisen errichtet werden wird. Der Rettungsdienst muss am Standort des neuen Krankenhauses in unmittelbarer Nähe gelegen sein. Wir setzen uns für eine Stärkung des Rettungsdienstes ein, die Anzahl der Rettungswagen wollen wir steigern. Der Personalbestand muss ausgebaut werden. Dafür werden wir den Arbeitsplatz attraktiver gestalten, u.a. durch Modernisierung.

Die medizinische Versorgung muss im ganzen Kreis sichergestellt werden. Es ist zu schauen, welche Auswirkung der Neubau des Krankenhauses auf die Versorgungsdichte hat. Wir werden frühzeitig möglichen Verschlechterungen entgegenwirken und Konzepte einfordern, die die Verfügbarkeit der medizinischen Versorgung kreisweit sicherstellen.

Mobilität ist auch im Gesundheitsbereich wichtig. Wir setzen uns für eine gute Anbindung der medizinischen Versorgung durch öffentliche Verkehrsmittel ein. Für andere Transportmöglichkeiten wie Fahrdienste werden wir prüfen, inwieweit wir die kommunalen Angebote unterstützen und ausweiten können.

Als erste Antwort auf den Pflegenotstand legt die Kreisverwaltung bereits einen Fokus auf die Anwerbung neuer Pflegekräfte. Wir wollen, dass außerdem ein Konzept darüber erarbeitet wird, wie Pflegekräfte langfristig der Pflege erhalten bleiben. Wir unterstützen ausdrücklich Dienste, wie die Alzheimer Gesellschaft und den Pflegestützpunkt, deren Aufgabe es ist für ältere Menschen und deren Angehörige Hilfestellung anzubieten.

Wissenschaft, Bildung, Kultur und Sport

Inklusive Schule

Damit Inklusion in der schulischen Bildung gelingt, wollen wir GRÜNE, dass Eltern weiterhin die Wahlmöglichkeit zwischen Regelschule oder Sondereinrichtung haben. Wir stehen deshalb für den Erhalt und die Weiterentwicklung der Schulformen für beeinträchtigte Kinder, um Eltern und Kindern das Wunsch- und Wahlrecht zu sichern. Die Heidewegschule wurde in den letzten Jahren saniert und erweitert. Die Raboisenschule wird in den kommenden Jahren ebenfalls modernisiert. Hierbei setzen wir uns für eine Campuslösung in Verbindung mit der Beruflichen Schule Elmshorn ein. Von dieser werden alle Schüler:innen profitieren und der Übergang von Schule in das Berufsleben erleichtert.

Berufliche Bildung stärken

Wir GRÜNE setzen uns für erstklassige Qualität in unseren Beruflichen Schulen ein, egal ob in der Ausstattung für die Handwerksausbildung oder bei digitalen Lernmethoden. Zudem werden wir den Fachkräftemangel im sozialen Bereich direkt angehen und duale Studiengänge sowie die praxisintegrierte Ausbildung von Erzieher:innen fördern.

Auszubildende in der Kindererziehung bestreiten ihre Ausbildung meist ohne Einkommen. Wir setzen uns dafür ein, dass jeder Auszubildende in der Kindererziehung ein Einkommen hat. Dafür streben wir eine Stärkung des kreiseigenen Stipendiums an, welches für Unterstützung sorgt, wenn Meister-Bafög und andere Programme nicht greifen.

Mit der Jugendberufsagentur im Kreis Pinneberg haben wir ein Instrument, das Hürden auf dem Weg in den Beruf abbauen und Wege ebnen kann. Dieses wichtige Modell konnten wir über den Kreistag inzwischen auch im Bereich der Jugendhilfe stärker fördern. In den nächsten Jahren wollen wir die Zusammenarbeit zwischen Schulen, Jobcentern sowie weiteren Bildungs- und Hilfsangeboten noch einmal besonders in den Blick nehmen. Der Fachkräftemangel ist für uns Auftrag, dass wir unsere Hilfen zielgenau und umfassend planen. Jede:r Jugendliche im Kreis Pinneberg soll den Weg in Arbeit finden.

Weiterbildung ein Leben lang

Für den kommenden Doppelhaushalt haben wir zusätzliche Mittel für die Volkshochschulen eingeworben, um u. a. auch die neuen Herausforderungen der Sprachkurse und Weiterbildungsmöglichkeiten bzw. Umschulungsmöglichkeiten für Geflüchtete zu ermöglichen. Die Volkshochschulen sollen dadurch in die Lage versetzt werden, diese Aufgaben verstärkt wahrzunehmen. Diese finanzielle Stärkung wollen wir in den nächsten Jahren intensivieren.

European XFEL - eine Chance für den Kreis als Wissenschaftsstandort

Eine große Chance für unseren Kreis als Wissenschaftsstandort ist der Röntgenlaser European XFEL, der in drei Kilometer langen unterirdischen Tunnelröhren steht und vom DESY-Gelände in Hamburg bis in den Forschungscampus in Schenefeld reicht. Die Anlage ist weltweit einzigartig und eröffnet für die Forschung und industrielle Anwendung völlig neue Möglichkeiten. Wir wollen, dass der Kreis diese Forschungsinstitution besonders wertschätzt und im Rahmen seiner Möglichkeiten unterstützt.

Kreiskulturzentrum schaffen

Mit einem Kreiskulturzentrum wollen wir einen Ort im Kreis Pinneberg schaffen, an dem nicht nur kulturelle Events barrierefrei erlebbar werden, sondern auch einen Ort, an dem unsere Demokratie lebendig werden kann. Dazu gehört Raum für Diskussionen, in

welchen Initiativen und Engagierte zusammenkommen können. Zudem setzen wir uns für die Entstehung eines Jugend-Kultur-Zentrum im Herzen des Kreises ein, welches wir mit Programmen zur Kultur- und Demokratiebildung von Kindern- und Jugendlichen füllen, aber auch zur freien Gestaltung von Ideen anbieten wollen.

Für Kulturschaffende waren die letzten Jahre eine schwere Zeit. Wir setzen uns für eine Anpassung bzw. Erhöhung der Förderung für Kulturschaffende ein, um diese Jahre bestmöglich zumindest in Teilen zu kompensieren. Damit wollen wir, dass die bunte Vielfalt der Kunstszene im Kreis Pinneberg erhalten bleibt.

Erinnerungskultur

Im Kreis Pinneberg wird heute vielfältig und in engagierter Weise an Herrschaft und Verbrechen des Nationalsozialismus erinnert. Es gibt eine Vielzahl von Gedenk- und Erinnerungsorten und Initiativen, die durch großes zivilgesellschaftliches Engagement getragen und durch dieses kontinuierlich weiterentwickelt werden. Zum Beispiel:

- Das „Henri-Goldstein-Haus“, Gedenkstätte für jüdische Kriegsgefangene im Quickborner Himmelmoor, auf dem Weg zu einem vollumfänglich arbeitenden Lern- und Bildungsort
- Der Jüdische Friedhof in Elmshorn
- Das Denkmal für die Opfer des KZ-Außenlagers Wedel
- Der Gedenkort am Platz der früheren Synagoge in Elmshorn

Es mangelte bisher an einer nachhaltigen und innovativen Perspektive für eine zeitgemäße und professionelle Weiterentwicklung der Erinnerungskultur im Kreis. Der Umgang mit der Vergangenheit ist im Wandel begriffen. Das Verstummen der Zeitzeug:innen, die unaufhaltsame Digitalisierung, die Auseinandersetzung mit dem Postkolonialismus und das Erstarken antidemokratischer Tendenzen fordern die deutsche Erinnerungskultur heraus – auch vor Ort.

Deshalb ist das Konzept zur Erinnerungskultur im Kreis entstanden, in engem Austausch mit den Akteur:innen in den Kommunen. Es braucht nun aber noch Geld für eine:n qualifizierte:n „Kümmer:in“, zur Vernetzung der dezentralen Initiativen, zur Beratung und Unterstützung der Akteur:innen vor Ort bei der inhaltlichen Vorbereitung von Finanzierungsanträgen für ihre Projekte. Wir setzen uns dafür ein, Gelder für Personal- und Sachmittel bereit zu stellen.

Sport - Mehr als nur Bewegung

Sowohl Corona als auch die Energiekrise setzten den Sportvereinen im Kreis stark zu. Die Sportförderung wurde bereits zum Haushalt 2023/2024 auf neue Füße gestellt, um den Vereinen größere Entscheidungsfreiheiten für die Verwendung der Mittel zu ermöglichen. Wir müssen aber weiter dafür sorgen, dass die Vereine in die Lage versetzt werden, ihre Vereinsheime energetisch zu sanieren. Dies betrifft sowohl die Fassaden und Dächer als auch die Beheizung der Räumlichkeiten. Dazu kann auch die Ausstattung mit Photovoltaik und Solarthermie beitragen. Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, die Sportvereine in ihren Sanierungsbestrebungen bestmöglich zu unterstützen.

Wir werden zudem die Sportvereine in der Mitgliedergewinnung unterstützen. In den letzten Jahren haben viele Vereine Mitglieder verloren. Daher setzen wir uns dafür ein, dass neue attraktive Konzepte vom Kreissportverband erarbeitet werden können, um die Vereine in der Gewinnung und Rückgewinnung von Mitgliedern zu unterstützen.

Grüne Mobilität im Kreis Pinneberg

Das letzte Jahr hat einmal mehr die Abhängigkeit und Gefahren von fossilen Energieträgern gezeigt. Als Kommunalpolitik ist es unsere Aufgabe hier klimaneutrale Alternativen zu den Verkehren mit fossilen Energieträgern zu entwickeln und zu unterstützen. Wir als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sehen in der Verkehrswende die Chance, das Mobilitätsverhalten grundlegend zu verbessern.

Wir GRÜNE setzen uns als Ziel, ein kreisweites, intermodales Mobilitätsmanagement einzuführen. Die Bevölkerung bewegt sich nicht allein im motorisierten Individualverkehr. Bedürfnisse von Verkehrsteilnehmenden wie Kinder, Jugendliche, Eltern, Senior:innen, Menschen mit Behinderung etc. finden kontinuierlich den Einzug in die Mobilitätsplanung.

Mobilität ist nur so gut wie die Qualität der vorgehaltenen Infrastruktur. Menschen sollen besser in die Gestaltung mit eingebunden werden. Wir GRÜNE wollen jedem Bürger und/oder Verkehrsteilnehmer die Möglichkeit geben über Schwachstellen in der Infrastruktur zu berichten und setzen uns daher für einen Mängelmelder im neuen Bürger:innenportal ein. Wir machen uns stark dafür, dass die gemeldeten Mängel zügig beseitigt werden.

Wir GRÜNE finden, dass der intermodale Verkehr auch in der Infrastrukturplanung stärker Einzug halten muss. Verkehrsanalysen dürfen nicht mehr nur durch den motorisierten Individualverkehr definiert werden, sondern müssen auch alle weiteren Formen der Mobilität und dessen Entwicklungen beinhalten. Nur dadurch kann sichergestellt werden, dass Bedarfe für z. B. kapitalintensive Neubauten von Kreisstraßen auch tatsächlich benötigt werden.

Die Koordination und Aufgaben zur Bewältigung der Mobilitätswende sind komplex. Wir setzen uns daher aktiv für die personelle Neu- und Aufwertung der kommunalen Verkehrsbehörde ein, um die Mobilitätswende zu einem Erfolgsprojekt zu machen.

Eine höhere Lebensqualität durch mehr Sicherheit im Verkehr, weniger Lärm- und Luftverschmutzung ist, woran wir in der nächsten Legislaturperiode weiterarbeiten wollen.

Radverkehr - Klimafreundlich und trotzdem mobil

Als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützen wir den zügigen Ausbau des Radschnellwegs zwischen Elmshorn und Hamburg. Die tatsächliche Verkehrswende kann für uns jedoch nur gelingen, wenn das Radwegenetz im Kreis Pinneberg konsequent weiterentwickelt wird und die Breite und Ausstattung modernsten Anforderungen entspricht. Menschen sollen sich bei allen Wetterlagen sicher und wohl fühlen um das Fahrrad als wirkliche Alternative in der Verkehrswende zu nutzen. Schlaglöcher und Buckelpisten schädigen den Fahrkomfort von Radfahrenden. Wir GRÜNE werden daher die kontinuierliche Investition in den Radwegeerhalt vorantreiben. Die Genehmigung von Fahrradstraßen muss kostengünstig und nach einfachen Kriterien möglich sein.

Zur besseren Orientierung und um das touristische Angebot im Kreis weiter zu fördern, werden wir die Routen nummerieren. Unser Ziel ist es, Radfahrrouten im Kreis erlebbar zu machen und diese sowohl durch Kartenmaterial auf der Kreis-eigenen Website als auch digital in verschiedensten Navigations-Apps (wie z. B. Komoot) sichtbar zu machen.

Eine große Herausforderung für den Radverkehr besteht in der Integration in die vorhandene Infrastruktur. Wir GRÜNE setzen uns für mehr Sicherheit aller Verkehrsteilnehmenden ein. Hierzu gehört auch die Sensibilisierung der dominierenden Verkehre etwa durch Entwicklung von Fahrradstraßen zur Verkehrsberuhigung. Zusammen mit den Verkehrsbehörden möchten wir innovative Ansätze nutzen, um den Radverkehr in Pinneberg auch in der vorhandenen Infrastruktur sicher zu gestalten. Lücken im Radwegenetz wollen wir schließen.

Öffentlicher Nahverkehr - Flexibel, Verlässlich, Günstig und Mobil

Kreisweit setzen wir uns für eine Optimierung und höhere Taktung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) ein. Mit der Verdopplung des ÖPNV-Budgets, der E-Mobilitätsstrategie, den XpressBus-Linien x66, x89 und x95 sowie dem Ziel von deutlich über 15 % Mobilitätsanteil im neuen Nahverkehrsplan haben wir im Kreis Pinneberg in den letzten 5 Jahren deutliche Akzente für die Stärkung des Busverkehrs gesetzt. Diesen Weg gehen wir Grüne konsequent weiter. Die Bedienung von Haltestellen muss flächendeckend verlässlich und regelmäßig sein. Elektronische Anzeigen und die schnelle Abstimmung mit den Fahrgastinformationssystemen, aber auch die

Bekanntgabe von Umleitungen und Ersatzfahrplänen im ÖPNV werden wir verbessern. Gerade im ländlichen Gebiet müssen mehr Anreize für die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel geschaffen werden. An zentralen Haltestellen von Bus und Bahn möchten wir daher Mobilitätshubs entwickeln, die einen Umstieg auf andere (intermodale) Verkehre ermöglichen. Fahrradabstellanlagen sollen hier zum Standard gehören. Alle Haltestellen im Kreis Pinneberg sollen ein sicheres und angenehmes Warten ermöglichen: Überdachung, Überquerung der Straße, Beleuchtung und Sauberkeit sind essenzielle Bestandteile, die wir über das Mobilitätsmanagement prüfen und sichern wollen.

Die Attraktivität des ÖPNV muss durch ein möglichst einfaches Tarifsystem erhöht werden. Wir fordern die Übernahme der Kosten des Deutschland-Tickets für Schüler:innen, Student:innen, Auszubildende und bedürftige Personen. Zudem fordern wir günstige Kurzstreckentarife, um gerade kleine Wege innerhalb des Wohnortes auch ohne Abo oder eigenen PKW zu bestreiten.

Zusätzlich zum notwendigen Ausbau des ÖPNV werden wir auch innovative Mobilitätskonzepte prüfen und berücksichtigen. Konkret setzen wir uns für die Erprobung und Einführung von On-Demand-Verkehrsangeboten (ähnlich der Hamburger Systeme MOIA und ioki) ein, die über das Angebot bisheriger Anruf-Sammel-Taxis hinausgehen.

Sharing-Angebote - Chancen und Potentiale sinnvoll nutzen

Wir GRÜNE setzen uns für die Stärkung von Sharing-Angeboten im Kreis Pinneberg ein. Private Autos stehen zu viel. Ein gut ausgebautes Car-Sharing macht Platz auf den Straßen und Parkplätzen und steigert dabei enorm das Mobilitätspotential der Bürger:innen. Beim Bike-Sharing möchten wir uns erneut stark machen, um den Schulterschluss mit der Metropolregion für das StadtRAD umzusetzen. Schlanke Bürokratie, große Flächenabdeckung und hoher Wiedererkennungswert auch für Touristen sind hier nur einige der Schlagwörter. Dabei sollen nicht nur die großen Städte profitieren, sondern die Sharing-Angebote in alle Kommunen getragen werden. Wir setzen uns für die Erarbeitung von Konzepten ein, wie der Kreis Pinneberg die Verträge der Kommunen bündeln und übernehmen kann und idealerweise in das Konzept der Metropolregion Hamburg eingebunden wird.

Wir befürworten die Nutzung von E-Rollern insbesondere für die „letzte Meile“. Jedoch müssen Rahmenbedingungen geschaffen werden, um die Sicherheit aller

Verkehrsteilnehmenden und insbesondere Menschen mit Einschränkungen zu gewährleisten. Die Dienstleister sind dabei aufgefordert, einen ordnungsgemäßen Betrieb sicherzustellen und vor allem darauf zu achten, dass andere Verkehrsteilnehmer, vor allem Fußgänger:innen, nicht eingeschränkt werden.

Wir setzen uns dafür ein, dass auf höherer Ebene im Bund die Nutzung von E-Scootern in Zukunft zu regeln ist. Viele gesetzliche Grundlagen für Kommunen und den Kreis fehlen hier leider noch.

Die Nutzung sollte sich dabei nicht nur auf die großen Städte im Kreis beschränken. Vielmehr sollen die Anbieter dieser Fahrzeuge sicherstellen, dass auch die Umlandgemeinden der größeren Städte mit bedient werden. Dass der Bedarf vorhanden ist, lässt sich an den vielen am unmittelbaren Stadtrand abgestellten E-Rollern erkennen.

Straßen - Höhere Qualität durch Entlastung und Instandhaltung

Zur Sicherung des kommunalen Verkehrs möchten wir die hiesigen Kreisstraßen nach bestem Gewissen instand halten. Wir setzen uns weiterhin stark dafür ein, dass die Straßenplanung und zugrundeliegende Verkehrsgutachten im Kreis das ganzheitliche, realistische Mobilitätsverhalten der Bevölkerung bestehend aus Straßen-, Schienen- und dem Radverkehr abbilden.

Mit den eingesparten Mitteln von verworfenem, kostenintensivem Straßenbau werden wir im Sinne der notwendigen Mobilitätswende und die Verbesserung der Infrastruktur des Umweltverbundes von ÖPNV und Radverkehr investieren. Eine Entlastung durch weniger Verkehr verbessert auch die Situation der Anwohner:innen und Personen, die auf ihren PKW angewiesen sind, sorgt zugleich aber auch für sehr gute Mobilität im Nah- und Distanzbereich.

Wir befürworten Initiativen zur Verkehrsberuhigung und Verkehrssicherheit und möchten aktiv Kommunen bei dem Beitritt zur z. B. Initiative „Lebenswerte Städte und Gemeinden“ unterstützen.

Mobilitätsmanagement endet für uns nicht an den Kreisgrenzen. Wir fördern daher den aktiven Austausch mit der Landespolitik, der Stadt Hamburg sowie der Metropolregion.

Ausbau der Schiene - Schienenverkehr stärken

Wir sehen die Schienenplanung als einen zentralen Bestandteil des Mobilitätsmanagements im Kreis Pinneberg an. Wir werden daher den zügigen Ausbau des 3. und 4. Gleises zwischen Pinneberg und Elmshorn, sowie die Reaktivierung von stillgelegten Bahnstrecken insbesondere Tornesch-Uetersen vorantreiben. Wir unterstützen zudem den Bau der S32 bis zum Endhaltepunkt Schenefeld. Alle Projekte stehen im landesweiten Nahverkehrsplan (LNVP) und auch im Koalitionsvertrag zwischen CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Trotz des Ausbaus setzen wir uns für den Verbleib der zahlreichen Querungsmöglichkeiten an der Bahnstrecke ein. Der Ausbau der Schiene darf keine physische Grenze durch den Kreis Pinneberg ziehen.

Die bestehenden Querungen entlang der Strecke möchten wir, wo nötig, für den landwirtschaftlichen Verkehr erhalten. In jedem Fall fordern wir aber, dass im Bestand auch in Zukunft eine Querung für Fußgänger:innen und Radfahrer:innen durch den Bau von Brücken oder Tunneln ermöglicht wird. Dies stellt sicher, dass Orte auf der jeweils anderen Seite der Bahn auch an den Radschnellweg gut angebunden werden.

Schüler:innenbeförderung - Sicher und preiswert auf dem Schulweg

Kinder und Jugendliche sollen sich in unserem Kreis sicher bewegen können. Daher wollen wir unser Mobilitätsmanagement auf die Bedarfe von Kindern ausrichten. Gemeinsam mit den Kommunen wollen wir mehr Fokus auf die Verkehrssicherheit legen. Das heißt, Rad- und Fußwege müssen gut ausgebaut sein und Querungen ermöglichen, Bushaltestellen bedürfen einer guten Beleuchtung und Ausstattung. Unser laufendes Pilotprojekt zum schulischen Mobilitätsmanagement wird in eine gute fachliche Praxis übertragen.

Auch über den Preis wollen wir die nachhaltige Mobilität von Anfang an fördern. Bei der finanziellen Unterstützung, der Schüler:innenbeförderung, haben wir GRÜNE in den letzten Jahren einen Schwerpunkt gelegt und schon viel erreicht: Umgesetzt sind ein digitales Antragsverfahren und die komplette Kostenbefreiung inklusive Oberstufen und Berufsschulen, wenn das Zuhause mehr als 4 km von der Schule entfernt liegt. Die Sommerregel mit 6 km ist abgeschafft. Da der Kreis Pinneberg eng besiedelt ist, haben dennoch nur ein Fünftel aller Kinder Anspruch auf ein kostenloses Ticket. Meist haben

gerade armutsgefährdete Kinder kein kostenloses Ticket. Deshalb fordern wir ein echtes Bildungsticket ohne Bindung an die Entfernung zur Schule. Der Erfolg des 9-Euro-Tickets gibt uns Recht. Anstatt komplizierter Regelungen und Kostenbefreiung für wenige streben wir in der nächsten Wahlperiode ein kostenloses Ticket für alle Schüler:innen im Kreis Pinneberg an.

Die Bedingungen für die Schüler:innen im ÖPNV werden wir verbessern. Dazu gehören Linienverstärker auf den Schulbussen, kreiseigene Rufbusse für Ausflüge oder Eventfahrten wie bspw. zu Jobmessen, sowie eine dichtere Taktung bis 9:00 Uhr und ab 14:00 Uhr, um dem veränderten Schulalltag mit AGs und Ganztage sowie der Freizeitmobilität gerecht zu werden.

Mit Wirtschaft und Digitalisierung bereit für die Zukunft

Wirtschaft nachhaltig gestalten

Die Herausforderungen auf dem Arbeitsmarkt sind auch bei uns vielfältig und, bedingt durch den zunehmenden Fachkräftemangel und die Energiekrise, noch erheblich gestiegen. Den Kreis Pinneberg wollen wir als wirtschaftsstarke Region und Teil der Metropolregion Hamburg gezielt weiterentwickeln. Wirtschaft muss nachhaltig und zukunftsfest aufgestellt werden. Die Frage von wirtschaftlichem Erfolg und Ertragssteigerung wollen wir mit einer ressourcenschonenden und teilenden Gesellschaft verbinden, etwa indem wir Konzepte der nachhaltigen Beschaffung, Sharing-Angebote und Kreislaufwirtschaft fördern.

Unsere Leitlinien und Ideen für eine aktive Förderung der Wirtschaft bei uns im Kreis sind:

- Klimaschutz und Energieeffizienz ausbauen durch kreisweite Konzepte zur Nutzung von Abwärme, Wärmeinseln und PV-Anlagen sowie ein effektives Mobilitätsmanagement.
- Perspektiven schaffen durch gezielte Förderung sowie Unterstützung von Migrant:innen und auf dem Arbeitsmarkt benachteiligten Personen in Zusammenarbeit mit unseren sozialen Trägerorganisationen, etwa beim Ausbau der Deutschkurse.
- Berufliche Bildung sicherstellen und Fachkräftemangel mindern durch die Förderung von dualen Studienplätzen im Ausbildungsverbund mit dem Kreis und den sozialen Trägerorganisationen, der Unterstützung von Erwachsenenbildung (Volkshochschule) und der Jugendberufsagentur und den Jobcentern.
- Unternehmensgründungen und Start-ups fördern durch den Bau eines Gründungs- und Technologiezentrums, Gründungsberatung und einen Gründungsfonds für junge Kleinunternehmen.
- Erhalt und Schaffung neuer Arbeitsplätze durch die Entwicklung und Revitalisierung von nachhaltigen Gewerbegrundstücken zusammen mit den Städten und Gemeinden, sowie eine gute Anbindung der Standorte an den öffentlichen Nahverkehr.

Für eine gute wirtschaftliche Entwicklung bedarf es auch einer ausreichenden Zahl an qualifizierten Fachkräften in der Kreisverwaltung. Wir werden uns dafür einsetzen, den

Kreis noch stärker als attraktive Region für die Menschen zu entwickeln. Hierzu gehören für uns ein familienfreundliches Arbeitsumfeld mit Teilzeitarbeit und Kinderbetreuung, eine hervorragende Bildungs- und Gesundheitsinfrastruktur, bezahlbare Wohnungen, eine gute und bezahlbare Anbindung der Arbeitsstätten an den ÖPNV und Freizeit- sowie umweltgerechte Naherholungsmöglichkeiten.

Die Hochschulen und Fachhochschulen im Kreis bieten wichtige Bildungsmöglichkeiten für zukünftige Arbeitskräfte. Auch Wissenschaftsstandorte wie das XFEL sind wichtige Standortfaktoren im Kreis. Wir setzen uns für die Stärkung dieser Standpunkte ein, u.a. durch gute ÖPNV-Anbindungen und der Förderung der Tätigkeiten unserer Wissenschaftsorte.

Kommunale Arbeitsmarktpolitik stärken

Das neue Bürgergeld bietet Chancen für Betroffene. Wir werden uns bemühen, über den Beirat des Jobcenters Pinneberg Einfluss zu nehmen, um dazu beizutragen, dass die Eingliederungschancen in das Erwerbsleben für Bürgergeldbeziehende verbessert werden. Dabei werden wir auf den zielgerichteten Einsatz der kommunalen Eingliederungsleistungen auf Kreisebene (Betreuung minderjähriger Kinder, Schuldnerberatung, psychosoziale Betreuung und Suchtberatung) achten.

Fachkräftebedarf

Der sich seit Jahren vollziehende demografische Wandel, der in den nächsten 10 Jahren in dem Übergang der Babyboomer-Generation in den Ruhestand gipfeln wird, wird den Fachkräftebedarf noch einmal verschärfen. Das dauerhafte Fehlen von Fachkräften z. B. im Handwerk wollen wir auch im Hinblick auf die Energiewende nicht akzeptieren. Auf kommunaler Ebene bestehen Gestaltungsmöglichkeiten, die es zu nutzen gilt: Über das Jobcenter des Kreises Pinneberg, das auch für die Arbeitsmarktintegration von Migrantinnen und Geflüchteten (z. B. aus der Ukraine) zuständig ist (s. auch Kapitel „Migration und Integration“). Ebenso müssen die Potentiale von Menschen mit Behinderung zielgerichteter genutzt werden. Wir werden wir uns dafür einsetzen, dass Nachwuchskräfte und Arbeitnehmer:innen des Kreises mit Handicap bei der Ausbildung und der Einarbeitung angemessene Hilfen und Unterstützung erhalten. Darüber hinaus werden wir uns für eine effektive Zusammenarbeit zwischen dem Jobcenter und dem Fachdienst Eingliederungshilfe einsetzen.

Finanzen - In die Zukunft investieren

Die Ausgaben der Landkreise in Schleswig-Holstein werden durch Zuschüsse des Landes und durch Umlagen der Städte und Gemeinden im Kreis finanziert. Durch Einsparungen des Kreises Pinneberg und die wirtschaftliche Kraft der Kommunen ist es gelungen, die Umlagen mehrfach zu reduzieren. Nunmehr zeichnet sich allerdings ab, dass mit der Minderung der Einnahmen und der Mehrung der Ausgaben beim Kreis und den Kommunen die finanziellen Spielräume insgesamt deutlich abgenommen haben.

Zusammen mit den Kommunen muss der Kreis Pinneberg daher seine Aufgaben und Ausgaben noch kritischer als bisher unter die Lupe nehmen. Die in den letzten Jahren erfolgreich begonnene kommunale Zusammenarbeit wollen wir daher weiter intensivieren, etwa durch gemeinsame Aufgabenwahrnehmung. Die Verwaltungen für die Menschen vor Ort in den Kommunen und bei der Kreisverwaltung müssen viel stärker und effizienter zusammenarbeiten.

Für uns ist eine ausreichend finanzielle Ausstattung des Kreises sehr wichtig, um die vielfältigen Aufgaben bewältigen zu können. Hierzu zählen auch die Investitionen in Berufsschulen, schulische Förderzentren, Feuerwehr, Rettungsleitstelle, Radwege und die Instandhaltung der bestehenden Kreisstraßen.

Eine große finanzielle Aufgabe des Kreises liegt bei der Sicherstellung der Zuschüsse für die sozialen Einrichtungen und die soziale Teilhabe der Menschen im Kreis. Um diese bewältigen zu können ist eine enge Abstimmung zwischen dem Kreis und den Vereinen und Verbänden nötig, deren finanzielle Ausstattung uns besonders am Herzen liegt.

Chancen der Digitalisierung nutzen

Die Umsetzung des Online-Zugangsgesetzes schreitet, wenn auch verzögert, voran. Die Kreisverwaltung soll den Bürger:innen alle Leistungen auch digital zur Verfügung stellen. Wir unterstützen die Einführung eines Bürger:innen-Portals, über das alle Dienste an einer zentralen Stelle erreicht werden. Das Portal stellt dabei einen von der Nutzungsoberfläche gleichen und zentralen Zugang für Inhalte des Kreises sowie der Kommunen dar.

Die Digitalisierung kann einen großen Beitrag zum Zusammenhalt unserer Gesellschaft leisten, beispielsweise über Beteiligungsplattformen für die Einwohner:innen des Kreises in dem neuen Portal. So können Mängel an Fuß- und Radwegen oder Straßen direkt an den Kreis gemeldet werden. Mit einem zentralen Veranstaltungskalender sollen Vereine, Organisationen, Kommunen und Firmen auf Veranstaltungen aufmerksam machen können. Wir setzen uns ausserdem dafür ein, dass digitale Barrieren abgebaut werden.

Wir machen uns stark dafür, dass die notwendigen Ressourcen und Mittel für die Umsetzung dieser digitalen Prozesse in der Kreisverwaltung bereitgestellt werden und mit den Kommunen gemeinsam Strategien zu übergreifenden digitalen Verfahren entwickelt werden. Gut durchdacht entlasten diese die Mitarbeitenden in der Verwaltung und sorgen für eine schnellere Bearbeitung von Anfragen und Aufträgen der Bürger:innen.

Wir setzen uns für Barrierefreiheit und klare Strukturen auf der Website des Kreises ein, welche dafür sorgen sollen, dass wichtige Informationen schnell und einfach gefunden werden.

Die Möglichkeiten der Digitalisierung machen sich auch in der Arbeitswelt bemerkbar. Spätestens seit Corona bieten sehr viele Arbeitgeber ihren Mitarbeitenden auch Home-Office-Arbeitsplätze an. Da dies inzwischen auch ein Faktor bei der Auswahl des Arbeitsplatzes geworden ist, unterstützen wir die Kreisverwaltung dabei, diese Optionen auch für die eigenen Mitarbeitenden, wenn vom Arbeitsumfeld machbar, zu ermöglichen.

Gut ausgebaute Breitbandnetze sind ein wichtiger Faktor für die Unternehmen und Menschen im Kreis. Wir wollen daher die Kommunen beim Ausbau der Netze unterstützen und werden mit unseren Institutionen regelmäßig Fachtage einfordern sowie einzelne Felder für die Unterstützung der Kommunen definieren.

In der Digitalisierung des Berichtswesens und Sozialbereichs ist der Kreis mit der App „Fokus PI“ bundesweit Vorreiter. Wir stehen daher weiter zur Förderung solcher Pilotprojekte und setzen uns für die flächendeckende Nutzung eines digitalen Berichtswesens der Bedarfs- und Bestandsanalysen ein. Unseren IT-Zweckverband kommunit wollen wir weiter ausbauen und zum führenden Dienstleister in der Region für den weiteren Ausbau der Digitalisierung von Verwaltungsleistungen und öffentlichen Einrichtungen machen.

Wir unterstützen die Initiative, Kreistags- und Ausschusssitzung digital als Livestream zu übertragen und damit die Arbeit in der Kommunalpolitik transparenter und zugänglicher zu machen. Zudem setzen wir uns dafür ein, dass auch für Mitglieder der Gremien eine digitale Teilhabe an den Sitzungen möglich ist.

Kreisgesellschaften und Netzwerke fördern

Unsere Politik ist weiterhin klar ausgerichtet auf eine nachhaltige Entwicklung in allen Regionen des Kreises Pinneberg. Nachhaltigkeit heißt dabei auch, das Miteinander im Sinne der Ressourcen und der Fachkräftelage zu stärken. Unsere aktive Mitarbeit in der Metropolregion Hamburg und die Vernetzung mit den Städten und Gemeinden in Schleswig-Holstein, insbesondere in der Regional Kooperation Westküste, ist ein Motor für die Entwicklung unseres Kreises. Sei es bei Themen der Energiewende, dem Ausbau nachhaltiger Tourismusstrategien oder der Fachkräfteförderung: die Zusammenarbeit über die Grenzen hinaus bietet große Chancen, die wir noch intensiver nutzen wollen. Auch unsere kreiseigenen Gesellschaften tragen zur Nachhaltigkeit bei, da sie verlässlich und umfassend unsere Daseinsvorsorge sichern.

Wir haben die Wirtschaftsförderungs- und Entwicklungsgesellschaft (WEP) auf neue Beine gestellt und werden sie zu einem Motor und Netzwerkmittelpunkt für die regionale Wirtschaft machen. Viele Städte und Gemeinden sind an der Gesellschaft beteiligt und können die Entwicklung ihrer Gewerbegebiete zusammen mit der WEP vorantreiben. Interkommunale Gewerbegebiete werden dadurch endlich ermöglicht.

Der Bau eines Gründungs- und Technologiezentrums wird durch den Kreis mitfinanziert. Wir werden die WEP hier stark einbinden, eng begleiten und die Gründungsberatung intensivieren. Wir setzen uns für die Einrichtung eines Gründungsfonds für junge Kleinunternehmen ein, um die Start-ups individuell zu unterstützen. Gleichzeitig wollen wir Kommunen und die hier ansässigen Unternehmen bei der Erweiterung und Umstrukturierung unterstützen, sowie die Förderung der Wirtschaftsentwicklung und Imagekampagnen weiterführen.

Die Gesellschaft für Abfallwirtschaft (GAB) werden wir zukunftsfähig aufstellen. Bereits mit der Vergärung von Bioabfällen haben wir eine zusätzliche energetische Quelle erschlossen. Zusammen mit der Wärme aus der Verbrennung wollen wir neue Abnahmestellen für die Wärmewende im Kreis Pinneberg erschließen.

Die Regio GmbH werden wir zusammen mit dem Neubau des Zentralklinikums im Kreis Pinneberg in die Zukunft führen. Wir setzen uns insbesondere dafür ein, dass ein Gesundheitscampus zur ambulanten medizinischen Versorgung im Umfeld entstehen kann.

Mit der KViP, unserer lokalen Busverkehrsgesellschaft, haben wir einen wichtigen Partner in der Mobilitätswende und im Klimaschutz vor Ort. Wir wollen die KViP in ihrer Vorreiterrolle beim Ausbau des elektrifizierten ÖPNVs in Schleswig-Holstein weiter unterstützen und zu einem weiterhin attraktiven Arbeitgeber machen. Zukunftsprojekte wie den Ausbau von KI-Mobilität sowie die Entwicklung der Uetersener Eisenbahn GmbH wollen wir gemeinsam mit dem Unternehmen voranbringen.

Den Rettungsdienst im Kreis haben wir als Initiator zusammen mit den Nachbarkreisen sehr erfolgreich weiterentwickelt, das Versorgungsgebiet umfasst über 850.000 Menschen in der Region. Wir GRÜNE werden uns fortan insbesondere für die Reinvestition in die Leitstellentechnik und die Erneuerung des Einsatzleitsystems einsetzen.